

Jusos Hamburg fordern: Kein Gefängnis mehr für „Schwarzfahren“ im HVV – Antrag auf Landesparteitag soll Zeichen für soziale Gerechtigkeit setzen

Hamburg, 18. März 2026

Die Jusos Hamburg setzen sich auf dem am Samstag bevorstehenden Landesparteitag der SPD Hamburg für ein Ende von Strafanzeigen nach § 265a StGB im HVV ein. Mit einem entsprechenden Antrag fordern sie, dass in Hamburg zukünftig grundsätzlich keine Strafanträge mehr gegen Menschen ohne gültigen Fahrschein gestellt werden.

Der Vorstoß der Jusos richtet sich gegen die bestehende, vielfach als ungerecht empfundene Rechtslage in § 265a StGB („Beförderungsererschleichung“): Aktuell werden jährlich fast 150.000 Menschen bundesweit wegen Fahrens ohne Fahrschein verurteilt. 8.000 bis 9.000 von ihnen müssen pro Jahr sogar eine Ersatzfreiheitsstrafe verbüßen, da sie die gegen sie verhängte Geldstrafe nicht bezahlen können. Damit trifft die aktuelle Rechtslage insbesondere Menschen mit geringem oder keinem Einkommen hart, während wohlhabende Personen die Geldstrafe problemlos begleichen können.

Paul Strothmann, Landesvorsitzender der Hamburger Jusos und Initiator des Antrags, erklärt dazu: „Wir senden mit unserem Antrag eine klare Botschaft: Die Kriminalisierung von Armut hat keinen Platz in einer solidarischen Stadt. Wir wollen den Hamburger Landesparteitag am Samstag für eine sozial gerechtere Verkehrspolitik gewinnen. Denn für viele Hamburger*innen, insbesondere für Wohnungslose, ist die Bahn kein Luxus, sondern die Verbindung zu Arztpraxen, Notunterkünften oder auch einfach nur ein Ort zum Aufwärmen. Eine Haftstrafe löst kein Problem, sie verschärft es, indem sie Menschen aus ihren sozialen Strukturen reißt. Wir brauchen eine solidarische Stadtgesellschaft, die Mobilität als Grundrecht begreift und nicht als strafrechtliche Falle für die Schwächsten.“

Neben der moralischen Komponente ist die aktuelle Rechtslage ein finanzielles Desaster für Hamburg. Ein einziger Hafttag kostet das Land schätzungsweise 215 Euro. Dem gegenüber steht ein „Schaden“ von meist weniger als vier Euro für eine einfache HVV-Fahrt. Es ist ökonomisch unsinnig, jährlich Millionenbeträge für die Inhaftierung von Menschen auszugeben, die niemanden gefährdet haben. Zudem blockieren diese Bagatelldfälle hunderte Arbeitsstunden bei Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichten

sowie Plätze in den Gefängnissen – Ressourcen, die bei der Verfolgung schwerer Delikte fehlen.

Der Ende 2021 gegründete Freiheitsfonds kauft Menschen aus dem Gefängnis frei, die eine Ersatzfreiheitsstrafe aufgrund einer Verurteilung gemäß § 265a absitzen. Dies untermauert das Scheitern der aktuellen Gesetzgebung: So konnte die Initiative bereits über 1.600 Menschen bundesweit aus dem Gefängnis auslösen und damit mehr als 290 Jahre Haftzeit aufheben. Dafür wurden rund 1,4 Millionen Euro an privaten Spendengeldern eingesetzt, wodurch über 22 Millionen Euro an Haftkosten gespart wurden. Die Daten des Fonds zeigen zudem die soziale Härte der aktuellen Praxis: Zum Zeitpunkt ihrer Verhaftung waren rund 87 % der Inhaftierten arbeitslos, 15 % hatten keinen festen Wohnsitz und ebenso viele galten als akut suizidgefährdet. Diese Zahlen belegen eindrücklich, dass das Strafrecht hier als „Armutsfalle“ fungiert.

„Der Freiheitsfonds zeigt uns die ganze Absurdität des Systems auf: Während der Staat Millionen für Haftkosten ausgibt, kauft der Fonds Menschen für Kleinstbeträge frei. Dass wir eine zivilgesellschaftliche Initiative brauchen, um ‚Armutsgefängnisse‘ in einem Sozialstaat zu verhindern, ist politisches Versagen. Es ist ökonomischer und moralischer Irrsinn, für einen Schaden von wenigen Euro Haftkosten von rund 215 Euro pro Tag zu produzieren“, so Janne Roehlsner, Co-Landesvorsitzende der Jusos Hamburg.

Da es sich beim „Schwarzfahren“ um ein Antragsdelikt handelt, werden Polizei und Staatsanwaltschaft nur dann tätig, wenn die Verkehrsbetriebe Menschen anzeigen, die bei einer Kontrolle ohne Fahrschein angetroffen wurden. Andere Städte machen bereits vor, was die Jusos Hamburg in ihrem Antrag für den HWV fordern. In dreizehn deutschen Städten, darunter Bremen, Kiel, Leipzig, Frankfurt am Main und Köln, werden keine Anzeigen mehr gestellt. Zahnlos sind die Verkehrsbetriebe allerdings nicht: Sie machen die Vertragsstrafe von aktuell 60 Euro zivilrechtlich weiterhin geltend und sanktionieren somit das Fahren ohne Ticket. Aber niemand muss dafür ins Gefängnis.

Unterstützung für ihr Anliegen erhalten die Jusos Hamburg von der Initiative Freiheitsfonds. Leonard Ihßen vom Freiheitsfonds kommentiert: „Wir begrüßen den Antrag der Jusos ausdrücklich. Niemandem ist damit geholfen, wenn Menschen wegen ein paar fehlender Tickets in die JVA Billwerder gesteckt werden. Im Gegenteil: Dieser Unfug kostet Hamburg enorm viel Geld, belastet die Justiz und verschärft das Leben von Menschen in Armut. Die SPD Hamburg kann sich nun dafür einsetzen, dass kein Hamburger, keine Hamburgerin mehr wegen des Armutsdelikts ins Gefängnis muss. Wenn die Strafanzeigen gestoppt werden, gilt folgende Losung: Knöllchen ja, Knast nein. Fahren ohne Ticket würde danach ähnlich wie das Parken ohne Parkschein sanktioniert werden. Bremen und zwölf weitere Städte zeigen bereits, dass es möglich ist.“

Darüber hinaus unterstützen die Jusos Hamburg die Anstrengungen der SPD im Bund, § 265a aus dem Strafgesetzbuch zu streichen.

Über den Freiheitsfonds

Der Freiheitsfonds kauft deutschlandweit Gefangene frei, die wegen Fahrens ohne Ticket eingesperrt wurden. Seit seiner Gründung konnten 1.700 Menschen befreit werden. Die Gesetzeskampagne setzt sich für eine ersatzlose Streichung von § 265a StGB ein.

Über die Jusos Hamburg

Die Jusos Hamburg (Jungsozialist*innen in der SPD Hamburg) sind die Jugendorganisation der SPD Hamburg und mit über 2.500 Mitgliedern der größte politische Jugendverband in der Hansestadt. Es engagieren sich junge Menschen zwischen 14 und 35 Jahren. Gegliedert sind die Jusos in sieben Kreise mit 29 sogenannten Juso-Gruppen. Darüber hinaus bestehen drei Hochschulgruppen an der Universität Hamburg, der Bucerius Law School und der HafenCity Universität sowie eine landesweite Schüler*innen- und Auszubildendengruppe. Die Jusos Hamburg entwickeln und diskutieren junge und wichtige Ideen, organisieren Kampagnen und Wahlkämpfe und bringen die Stimme der jungen Generationen in die SPD und in die Hamburger Politik ein. Die Grundwerte der Jugendorganisation sind Sozialismus, Internationalismus und Feminismus.

Pressekontakt

Freiheitsfonds

Sprecher: Leonard Ihßen

Mail: info@freiheitsfonds.de

Telefon: +49 157 8827 2676

Jusos Hamburg

Emilian Soares

Landesgeschäftsführer

E-Mail: jusoshamburg@spd.de

Tel.: 040/2808-4813